

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift  
Tageblatt Riesa,  
Bernau Nr. 20,  
Postfach Nr. 52.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft  
Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa,  
des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen beförderlichste bestimmte Blatt.

Postkontos.  
Tresden 1580.  
Strohloffe:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 62.

Dienstag, 14. März 1933, abends.

86. Jahrgang.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbesug  
KW. 2.14 einchl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preis-  
erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und  
Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Refamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und  
tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Demöglicher Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und  
Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten  
oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.  
Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Seebestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Polens Vorgehen auf der Westerplatte vertragswidrig.

### Neueinstellung von 90000 Mann für Reichsbahnarbeiten. Vorbereitungen für die Reichstagsöffnung.

#### Der Volksentscheid.

Auch die preussischen Gemeindevahlen waren ein Volksentscheid. Sie bestätigten die Wahlen acht Tage zuvor, sie bestätigten andere Mehrheiten und schufen eine Einheit, eine Übereinstimmung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Nun ist tatsächlich ein Wille in allen Instanzen zu finden, nun ist eine Mehrheit in der Lage, in Reich, Ländern und Gemeinden ihren Willen durchzusetzen. Das ist eine Klärung, wie man sie bisher nie für möglich gehalten hat. Es kann jetzt keine Hindernisse mehr geben, es gibt kein wider den Strom Schwimmen, es gibt keine Sabotage. Die klare Linie des Regierungswillens gilt in den Ländern und Gemeinden. Hier sind die gleichen Kräfte am Werk und werden bemüht sein, reibungslos das Schiff vorwärts zu steuern.

Der Ausgang der preussischen Gemeindevahlen konnte gar nicht überraschen. Nach den Reichstagswahlen lag es ohne Zweifel, daß die nationale Revolution sich auch der Rathhäuser bemächtigen würde. Auf legale Weise, wieder mit dem Stimmzettel, sind die zum Teil roten Mehrheiten aus dem Sattel gehoben. Auch in den Rathhäusern kann der Reinigungsprozess beginnen. Freilich werden hier keine Ueberströmungen möglich sein. Es ist ein langsamer Umbau erforderlich, da die Gemeinden bei ihrer Verschuldung keine großen Lasten übernehmen können und alles vermeiden werden muß, jegliche Repräsentanten in Pension zu schicken, was eine finanzielle Belastung der Gemeinden zur Folge hätte. Noch sind viele Stadträte im Amt und Jahre gewählt, noch sitzen viele Stadträte im Amt und können aus ihm nur durch Pensionierung entfernt werden. Noch sind viele Polen von Beamten besetzt, die einmal auf dem Wege über eine Partei hineingekommen. Sollte man sofort eine gründliche Säuberung halten, so käme eine Verwirrung, die starke Rückschläge mit sich brächte. Die neuen Stadtmehrheiten aber werden mit der Zeit für Veränderungen sorgen, denn es liegt bis auf wenige Städte und Landgemeinden in ihrer Hand, Wahlen nach eigenem Ermessen durchzuführen und auf legale Weise Männer in die Verantwortung zu bringen, die ihr Vertrauen haben.

Es ist in der Situation von einer Säuberung der Rathhäuser, von einer Neugestaltung gesprochen worden. Nicht in allen Städten ist es drunter und drüber gegangen. Es gibt noch Städte, da man nur die weiße Weste kannte und für jeden städtischen Funktionär die Hand ins Feuer legen konnte. Es gibt sogar Städte, die unverändert sind und die auf eine erfolgreiche Aufbauarbeit zurückblicken können. Die Nachprüfung durch die neue Mehrheit in den Rathhäusern wird deshalb erst fehschwellen haben, wo ein neuer Kurs notwendig ist, wo mit eisernem Besen ausgekehrt werden muß.

Wie das Reich, wie die Länder, so haben nun auch die neuen Mehrheiten in den Rathhäusern die Aufgabe, die Aktion gegen die Verarmung zu beginnen und mitzuwirken, um die Aufwärtsbewegung vorwärts zu treiben. Die große Mehrheit der Wähler hat in zwei Wahlen unbedingtes Vertrauen zu der neuen Führung befundet. Sie wird aber auch gerade deshalb in diesem unbedingten Vertrauen alles, was geschieht, mit größter Aufmerksamkeit verfolgen. Ihr Glaube darf nicht erschüttert werden.

Die Disziplin der Gefolgschaft bewährt sich, wie man heute bereits anerkennen muß. Und die Ruhe, die endlich eingetreten ist, nachdem die Wahlen vorüber sind, bringt den mit seiner Existenz ringenden Mittelstand insbesondere wieder zur Erkenntnis seiner Lage, gleichzeitig aber auch zu einer neuen Initiative, die aus der Hoffnung nach Besserung wachsen darf.

Das deutsche Volk hat eine klare Entscheidung gefällt, der Volksentscheid am 5. und 12. März ist ein überwältigendes Ereignis in einem bisher zerrissenen Deutschland. Hier zeigt sich, daß es doch möglich ist, die Kräfte zu sammeln und getrieben auf die nationale Bewegung den Reinigungsprozess des leidenden, ringenden Landes zu unternehmen. Es werden ruhige Tage einsehen, es können ruhige und bereinigte Monate und Jahre kommen, die von politischen Kämpfen nicht mehr überschattet werden. Und diese Sicherheit allein schon bürgt eigentlich für den Wiederantritt. In diesen ruhigen Zeiten wird die Regierung wahrscheinlich mit der gleichen starken Initiative, die sie bisher entwickelt hat, den Kurs noch vorwärts finden und zu steuern vermögen. Daß sie keine leichte Aufgabe hat, ist offensichtlich. Aber sie hat sich den gelunden Boden vorbereitet, sie hat sich das Vertrauen der Massen erobert, und das bedeutet viel. Sie braucht nicht mit Hemmungen zu ringen, weil ihr Wille in den Ländern und Gemeinden ist, weil die Einverständnis aller Verwaltungen doch eine gewaltige Schildkröte bedingt.

#### Beschlüsse des Völkerbundsrates.

Genf. (Funkdruck.) Der Völkerbundsrat beschäftigte sich heute vormittag in öffentlicher Sitzung mit dem Vorstoß Polens gegen Danzig auf der Westerplatte. Die kurze Verhandlung endete damit, daß Polens Vorgehen, wie bereits in so vielen anderen Fällen, vom Räte als vertragswidrig festgestellt wurde. Der polnische Außenminister Dr. Beck gab eine Erklärung ab, daß Polen die Truppenverpflichtungen auf der Westerplatte sofort zurückziehen werde.

#### Die Frage der Danziger Polizei.

Genf. (Funkdruck.) Der Völkerbundsrat hat sich heute nach der Zurückweisung des polnischen Vorstoßes auf der Westerplatte noch kurz mit der Frage der Gassepolizei in Danziger Hafen beschäftigt. Die Danziger Regierung hat sich am 15. Februar gezwungen gesehen, infolge der Übergriffe der Polen die Ordnungsbefugnisse im Danziger Hafen wieder in die eigene Hand zu nehmen. Auf den Antrag Polens, in diesem Vorgehen Danzig eine action directe zu erlauben, ist der Rat heute nicht eingegangen, sondern hat auf den Vorschlag des Berichterstatters beschlossen, die endgültige Regelung dem ordentlichen Verfahren vor dem Gasseauschuss zu übertragen. Sowohl Danzig wie Polen erklärten sich mit diesem Vorschlag, der vom Völkerbundsrate angenommen wurde, einverstanden.

#### Zurückziehung der polnischen Vertretungen von der Westerplatte noch heute?

Genf. (Funkdruck.) In Völkerbundsreisen erwartet man, daß nach der heutigen Stellungnahme des Völkerbundsrates, die eine einmütige Verurteilung des Vorstoßes Polens auf der Westerplatte bedeutet, die polnische Regierung noch im Laufe des heutigen Tages die Vertretungen von der Westerplatte zurückzieht. Der Präsident der Freien Stadt Danzig, Dr. Nizem, ist entschlossen, solange in Genf

#### 90 000 Mann werden bei Reichsbahnarbeiten neu eingestellt.

Berlin. (Funkdruck.) Unmittelbar mit Beginn des Herbstjahres hat die Reichsbahn ihre Oberbau-Erneuerungs- und Unterhaltungsarbeiten in vollem Umfange aufgenommen. Die Reichsbahn hat hierfür die Einstellung von etwa 70 000 Arbeitern angesetzt. Diese Arbeiter werden bis in die Herbstmonate hinein bei den Bahnunterhaltungsarbeiten der Reichsbahn beschäftigt werden. Darüber hinaus werden die Privatunternehmer, die von der Reichsbahn zu Oberbauarbeiten herangezogen werden, in die Lage versetzt, über 20 000 Arbeiter hierfür einzustellen. Insgesamt finden also durch diese Oberbauarbeiten der Reichsbahn etwa 90 000 Köpfe von Frühjahr bis Herbst Arbeit und Brot. Mit den Neueinstellungen ist bereits begonnen worden.

#### Die Vorbereitungen für den Staatsakt in der Potsdamer Garnisonkirche und die Reichstagsöffnung.

Berlin. (Funkdruck.) Wie wir zu dem feierlichen Akt in der Potsdamer Garnisonkirche erfahren, wird der Reichspräsident vor dem Altar Platz nehmen. Rechts und links werden die Mitglieder der Reichsregierung und die Ministerpräsidenten der Länder sitzen, im Schiffe der Kirche die Reichstagsfraktionen, und zwar auf der einen Seite die nat.-soz. Fraktion, auf der anderen die Vertreter der übrigen Parteien. Das diplomatische Corps und die Presse wird auf der Empore untergebracht. Für die deutsche und ausländische Presse stehen 80 Sitze zur Verfügung, eine aus der Beschränkung der Raumverhältnisse ergibt. Die Plätze für die Presse bleiben den Nachrichtenagenturen und den Berliner Vertretern der auswärtigen Zeitungen vorbehalten. Von unterrichteter Seite wird darauf hingewiesen, daß es unumgänglich ist, anderen Pressevertretern, die etwa zur Eröffnung des Reichstages nach Berlin kommen wollen, Plätze bereit zu halten. Die Reichspressestelle und die Reichspost haben bereits alle Maßnahmen getroffen,

um eine glatte technische Abwicklung der Berichterstattung sicherzustellen. In der stoll-Ober wird die Reichspost auch noch ein besonderes Postamt einrichten.

#### Drei Danziger Protestnoten den Ratsmächten überreicht.

tu. Genf. Der Danziger Senatspräsident Nizem hat an den Völkerbunds-Kommissar Nizem am Montag drei Noten gerichtet, die dieser unverzüglich den Ratsmächten zur Kenntnisnahme gebracht hat.

In der ersten Note teilt Nizem zu den erneut in der Presse auftauchenden Behauptungen über die zu beschränkten Anschläge revolutionärer Elemente gegen die Westerplatte mit, daß nach dem sofort in Danzig eingegangenen Feststellungen nicht die geringsten Anzeichen hierfür vorhanden seien.

In der zweiten Note teilt Nizem mit, daß nach soeben aus Danzig eingetroffenen Nachrichten die polnischen Truppen auf der Westerplatte Befestigungsarbeiten, Stacheldrahtverhaue-Anlagen betrieben, Übungen mit Maschinengewehren veranstalteten usw. Der Danziger Senat behält sich einen neuen Antrag gegen die Besetzung der Danziger Westerplatte vor, nach der die Anlegung von Befestigungswerken verboten ist.

In der dritten Note teilt Nizem mit, daß nach soeben eingetroffenen Mitteilungen eine schwere Schädigung des Danziger Handels durch die Nichtbeachtung der vertraglichen Abmachungen durch Polen hinsichtlich des Munitionsbedarfs auf der Westerplatte eingetreten sei. Das Beden sei eine Woche lang ununterbrochen für den friedlichen Danziger Handel geherrt, obwohl die Munition- und Kriegsgerätentladungen nur fundenweise stattgefunden hätten und zur Zeit überhaupt nicht stattfänden.

#### Kabinettsitzung in Baden.

Ein Bericht des Kommissars des Reiches.

Karlsruhe. (Funkdruck.) Wie die Pressestelle beim Staatsministerium mitteilt, fand heute vormittag 11 Uhr unter dem Vorsitz des Kommissars des Reiches, Wagner, eine Sitzung des neuen badischen Kabinetts statt, bei der der Kommissar einen ausführlichen Bericht über das Vorgehen der Regierung seit der Machtübernahme gab. Die Stellung der neuen Regierung sei stärker als die aller vorhergegangenen Kabinette, nicht nur weil sich die Polizei und die gesamte Beamtenchaft geschlossen und freudig hinter sie gestellt haben, sondern vor allem, weil sie im gesamten staatsbeherrschenden Volk verankert sei. Es gäbe keinen Marxistenterror mehr in Baden. Große Teile der Arbeiterklasse hätten in den letzten Tagen ihren marxistischen Organisationen den Rücken gekehrt, und den Weg zur Nation und Volksgemeinschaft gefunden. Die neue Regierung werde rücksichtslos und gründlich die verborgenen Vorgänge der letzten 14 Jahre überprüfen und jede Handlung der Verleumdung zur Kenntnis bringen. Das sogar an höchsten Stellen versucht worden sei, im letzten Augenblick noch Akten zu bereinigen, beweise, wie schlecht das Gewissen der abgetretenen Herren sei.

#### Hefige Kämpfe an der Großen Mauer.

tu. Peking. Einige Kilometer südlich der Großen Mauer ist eine große Schlacht zwischen chinesischen und japanischen Truppen ausgebrochen worden, wobei die Armee Chinas fast 4000 Mann verloren haben soll. Die Chinesen unternahmen einen Angriff auf die japanische Vorhut; sie wurden aber zurückgeschlagen.

In Tokio sind Meldungen eingelaufen, daß die chinesischen Truppen verweilte Verluste zur Eroberung des Ostengatopasses in der Provinz Szechuan machen. Seit Freitag sind heftige Kämpfe um den Pass im Gange. Nach einem großen japanischen Gegenangriff in der Nacht zum Freitag sind die Chinesen zurückgedrängt worden.